

presse

Fremdenfeindlichkeit schadet dem Image des Reislands Deutschland

*Gabriele Hiller-Ohm, tourismuspolitische Sprecherin;
Stefan Zierke, zuständiger Berichterstatter:*

Fremdenfeindlichkeit schadet nicht nur der Gesellschaft und den Menschen im Allgemeinen, sondern auch dem Deutschlandtourismus als wichtigem Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor. Der Tourismus hat 2,9 Millionen Beschäftigte, das sind fast sieben Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland. Besonders in ländlichen Regionen haben die touristischen Arbeitsplätze einen enormen Stellenwert.

„Deutschlands Ansehen als Reiseland ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen – wir sind das zweitbeliebteste Reiseziel der Europäer. So übernachteten im Jahr 2015 rund 80 Millionen ausländische Gäste in Deutschland.

Das gute Image Deutschlands als Reiseland ist jetzt in Gefahr. Fremdenfeindliche Aktionen wie in Sachsen haben zum Beispiel schon dazu geführt, dass die Touristenzahlen in diesem Bundesland im zweistelligen Prozentbereich eingebrochen sind. Betroffen ist hier nicht nur die Kulturmetropole Dresden, sondern auch Regionen wie das Vogtland und die Sächsische Schweiz.

Den hohen Preis für diese fremdenfeindlichen Vorkommnisse tragen im Endeffekt nicht nur die weltoffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tourismusbranche, sondern die gesamte Wirtschaft sowie die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort, die Fremdenfeindlichkeit ablehnen. Gerade die Reisebranche greift im Bereich der Fach- und Servicekräfte auf Menschen mit Migrationshintergrund zurück, um der zunehmenden Internationalisierung

gerecht zu werden und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet damit, dass viele ostdeutsche Regionen und ihre Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zu Westdeutschland noch weiter zurückfallen werden. Viele Arbeitsplätze sind damit in Gefahr.

Wir setzen deshalb ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und unterstützen diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus wehren. Gleichzeitig müssen wir Menschen, die diese Übergriffe zu verantworten haben auch rechtssicher verfolgen und verurteilen. Fremdenfeindlichkeit und Tourismus passen nicht zusammen.“